

Ohne gute Regierungsführung keine nachhaltige Entwicklung. Diese These aus den beginnenden 1990er-Jahren gilt heute mehr denn je. Denn die sogenannte neue Entwicklungsarchitektur kann nur dann zu mehr Nachhaltigkeit führen, wenn die Regierungen unserer Partnerländer verantwortungsvoll und entwicklungsorientiert handeln.

Dass Afrika heute der am wenigsten entwickelte Kontinent ist, hat mehrere Ursachen. Exogene Gründe wie beispielsweise Ressourcenknappheit, Trockenheit und geografische Abgeschlossenheit ebenso wie endogene Ursachen, für die Menschen selbst verantwortlich sind: gewaltsame Konflikte, schlechte Regierungsführung, mangelnde Bildung, mangelnde Entwicklungsorientierung und mangelnde Eigenverantwortung. Seit Mitte der 1940er-Jahre haben Weltbank und Internationaler Währungsfonds durch die Vergabe von Darlehen versucht, die exogenen Ursachen in den gerade unabhängig gewordenen Kolonien durch Infrastrukturprojekte zu beheben. An die ärmsten Länder wurden nicht erstattungspflichtige Zuschüsse gezahlt. Die ersten Projekte der sogenannten Entwicklungshilfe gab es in den 1950er-Jahren. Auch hier lag ein Schwerpunkt auf materieller Verbesserung durch Vermittlung von Fachwissen.

Seit den 1990er-Jahren löst die partnerschaftlich orientierte Entwicklungszusammenarbeit (EZ) den Begriff der Entwicklungshilfe ab. Hiermit sollte von nun an Wert auf das Prinzip der Gleichberechtigung gelegt werden. Die Neuorien-

tierung der internationalen Entwicklungspolitik führte zu Schuldenerlassen, zur Erhöhung der Finanzmittel insbesondere in Form von Budgethilfe, Effizienz- und Ergebnisorientierung, Bemühungen zur Geberharmonisierung, mehr Eigenverantwortung der Partner (*ownership*) und Partnerausrichtung (*alignment*). Mit dem übergeordneten Ziel der Halbierung der weltweiten Armut bis 2015 wurde ein Maßnahmenkatalog verabschiedet (Millennium-Entwicklungsziele, MDGs).

Im Rahmen der sogenannten programmorientierten Entwicklungszusammenarbeit (*Program Based Approach*, PBA) beziehungsweise programmorientierten Gemeinschaftsfinanzierung (PGF) wurden neue Finanzierungsformen eingeführt. PBA und PGF bedeuten die unmittelbare und zwischen den Gebern abgestimmte Unterstützung von Armutsbekämpfungsstrategien (*Poverty Reduction Strategy Papers*, PRSP) und Sektorprogrammen der Partnerländer, die diese in eigener Verantwortung erarbeitet haben und selbst steuern. Zu den Finanzierungsmodalitäten der PBA und PGF gehören unter anderem Budget- und Korbfinanzierungen. Bei der Budgethilfe erfolgen Einzahlung und Abwicklung von Gebermitteln über das nationale Budget ohne spezifische Zweckbindung und Einzelverwendungsnachweise. Im Unterschied zur allgemeinen Budgetfinanzierung werden bei der sektoralen Budgetfinanzierung die eingezahlten Gebermittel für die Verwendung in einem bestimmten Sektor reserviert. Bei der Korb-

finanzierung finanzieren mehrere Geber gemeinsam einen Ausgabenplan für die Umsetzung eines Maßnahmenkorbs, der sich in der Regel aus einer Sektorstrategie ergibt. Ein solcher Korb wird entweder von den Gebern, der Regierung des Partnerlandes oder beiden gesteuert. Die Bereitstellung von Budgethilfe birgt Risiken. Angesichts mangelhafter Budgetmanagement- und Rechnungslegungsstandards in den meisten Empfängerländern kann eine Fehlverwendung oder Veruntreuung der EZ-Mittel nicht ausgeschlossen werden. Es besteht die Gefahr, dass so die Hilfe bei den am meisten Bedürftigen nicht ankommt. Ihren Befürwortern zufolge soll Budgethilfe das wirksamste Instrument zur Armutsbekämpfung und zur Versorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen mit sozialen Dienstleistungen sein. Indem existierende Partnerstrukturen genutzt werden, sollen die knappen Kapazitäten in den Partnerländern entlastet und Transaktionskosten verringert werden. Sogenannte Konditionen, das heißt die Vergabe von Mitteln auf Basis vereinbarter Bedingungen, sollen dafür sorgen, dass Empfängerstaaten sich um gute Regierungsführung (*Good Governance*), Transparenz, Korruptionskontrolle und Rechenschaftspflichten bemühen. Denn die OECD-Länder sind davon überzeugt, dass nur unter diesen Voraussetzungen Entwicklung nachhaltig sein kann. Auch die Volksrepublik China vergibt zunehmend Kredite in Afrika und investiert in Infrastrukturprojekte. Die chinesische Entwicklungsstrategie setzt sich dabei von der Grundforderung nach guter Regierungsführung der OECD-Länder deutlich ab und stellt keine Bedingungen.

Exogene Ursachen für mangelnde Entwicklung und Armut wie Ressourcenknappheit, Trockenheit und geografische Abgeschlossenheit können durch diverse entwicklungspolitische Instrumente bekämpft werden. Straßen machen abgele-

gene Regionen erschließbar und Bewässerungssysteme trockene Böden wieder bewirtschaftbar. Die tatsächlichen Entwicklungsfortschritte sind in Afrika bisher jedoch gering. Finanztransfers und Beratungsleistung haben in den meisten afrikanischen Ländern bis heute zu keiner nachhaltigen Entwicklung geführt.

Eigenverantwortung und Partizipation

Entwicklung braucht Eigenverantwortung und Partizipation. Regierungen sind die Hauptverantwortlichen für die Überwindung von Entwicklungshürden. Schlechte Regierungsführung (*Bad Governance*) hat in der Vergangenheit mangelnde Entwicklung, Armut und Kriege verschärft. Zum Teil liegen die Ursachen hierfür im Kolonialismus und auch in geostrategischen Interessen der Geberländer in Afrika während des Kalten Krieges. Aber diese Argumente sind heute keine Entschuldigung mehr für mangelnde Entwicklung. Afrikanische Regierungen müssen beim Status quo beginnen und in Eigenverantwortung die Zukunft ihres Landes gestalten. Externe Akteure wie die Industrienationen können sie dabei lediglich unterstützen. Aber der große Wandel muss von innen kommen, insbesondere durch die Führungseliten.

Langfristig wird die extreme Armut nur dann zurückgehen, wenn Regierungen demokratisch gewählt sind, sich um eigenverantwortliches Handeln bemühen, Frieden und Sicherheit garantieren, internationalen Standards entsprechende Gesetze schaffen, diese auch durchsetzen, zunehmend aus eigenen Einnahmen ein leistungsfähiges Bildungs- und Gesundheitssystem aufbauen und den privaten Wirtschaftskräften Raum zur Entfaltung geben. Solange die Bürger, Verwaltung, Unternehmen, Verbände und Kirchen nicht an Entwicklungsprozessen beteiligt sind und diese zentral dirigiert werden,

können Entwicklungsfortschritte nur kurzfristig eintreten, weil die Bürger in den Veränderungen ihre eigenen Interessen nicht repräsentiert sehen. Wenn sich Bürger und Akteure mit dem Prozess und dem späteren Ergebnis identifizieren, werden sie Reformen und Entwicklungen auch langfristig mittragen. Ebenso wichtig ist die Übernahme von Verantwortung auch auf unteren Entscheidungsebenen. Verantwortung zu tragen fördert die Motivation. Wer keine Verantwortung trägt, wird Entwicklungen nicht vorantreiben. Das meistgenannte Beispiel hierfür ist wohl die von Chinesen selbst gebaute Straße, die kein Afrikaner zu reparieren weiß und sich dafür auch nicht verantwortlich fühlt. Nach dem Subsidiaritätsprinzip müssen auch untere Ebenen (Stadt, Gemeinde oder Kommune) in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich staatliche Aufgaben umzusetzen. Dezentralisierungsprojekte sind hier der richtige Ansatz.

Demokratie beginnt mit verantwortungsvollen Führungseliten, die sich an Werten orientieren, die nachhaltigen Erfolg gewährleisten: Solidarität, Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit, Freiheit und Respekt für andere. Demokratie stabilisiert sich, wenn es eine gebildete, mündige und organisierte Zivilgesellschaft gibt, die die Möglichkeit hat, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, auch außerhalb der Wahlen. Für eine aktive Teilnahme der Zivilgesellschaft am Demokratisierungsprozess ist ein Bewusstseinswandel notwendig, der von innen kommen muss. Die politische Elite kann hier eine wichtige Rolle spielen, diesen Bewusstseinswandel zu fördern.

Krisenprävention und Wohlstandsverteilung

Entwicklung braucht Krisenprävention und gerechte Wohlstandsverteilung. Denn gewaltsame Konflikte können verbesserte Lebensbedingungen von heute

auf morgen zerstören. Die Vorbeugung von Konflikten ist ebenfalls primär Aufgabe von Regierungen. Nach der im Oktober 2007 veröffentlichten Studie *Africa's Missing Billions* von Oxfam, dem Internationalen Aktionsnetz zu Kleinwaffen (IANSA), und Saferworld sind die Volkswirtschaften konfliktgeprägter Länder um fünfzehn Prozent weniger gewachsen als in vergleichbaren Staaten in Friedenszeiten. Gewaltsame Konflikte verursachen nicht nur direkte Kriegskosten (Waffen et cetera), sondern auch Kosten für den Wiederaufbau. Nach Angaben der Studie haben Afrikas Staaten seit 1992 infolge bewaffneter Konflikte insgesamt 284 Milliarden US-Dollar eingebüßt. Das ist mehr, als in diesem Zeitraum an Entwicklungshilfe in den Kontinent geflossen ist. Für die EZ bedeutet dies, dass verschiedene entwicklungspolitische Instrumente noch stärker krisenpräventiv eingesetzt werden müssen. Programme zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaat sind hier ebenso notwendig wie Infrastrukturprojekte. Wichtig ist bei allen Maßnahmen die Akteursbeteiligung auch in Krisengebieten. Konflikte entstehen unter anderem, wenn Bevölkerungsgruppen in Entscheidungen nicht einbezogen werden. Durch Dialog kann gewaltsamen Konflikten vorgebeugt werden – auf nationaler, kommunaler und lokaler Ebene. Das gilt auch für fragile Staaten. Dort müssen Wiederaufbauprogramme mit Demokratieförderung gekoppelt werden, um durch die Beteiligung der Bevölkerung den Wiederaufbauprozess nachhaltig zu gestalten.

Ein Teil der Bevölkerung wird oftmals von Regierungen vernachlässigt, nämlich die „Ärmsten der Armen“. Diese Gruppe ist bestenfalls Nutznießer von humanitärer Hilfe, aber nicht von Entwicklungsprojekten. Nothilfe ist eine wichtige Phase nach Krisen oder Katastrophen, muss aber so früh wie möglich in längerfristig angelegte Entwicklungsprojekte

übergeleitet werden. Nicht nur aus humanitären, sondern auch aus sicherheitspolitischen Gründen sollte dieser Teil der Bevölkerung unbedingt in Entwicklungsprozesse einbezogen werden. Die Vernachlässigung bestimmter Gruppen birgt ein hohes Konfliktpotenzial.

In seinem Buch *The Bottom Billion* (2007) sieht der britische Wirtschaftswissenschaftler Paul Collier ein entwicklungspolitisches Dilemma in der Förderung des Auseinanderdriftens der Ärmsten und des Rests der Weltbevölkerung. Die Welt ist von sechs Milliarden Menschen bevölkert. Davon seien etwa eine Milliarde, die „bottom billion“, extrem benachteiligt. Zwischen den übrigen fünf Milliarden gebe es eine große Bandbreite, die von einer Milliarde in Wohlstand bis zu vier Milliarden auf dem Weg dorthin reicht. Die am meisten benachteiligte Milliarde und die aufstrebenden vier Milliarden bewegten sich dabei immer weiter auseinander.

Die Bekämpfung exogener Ursachen und die Verbesserung äußerer Lebensbedingungen sind kein Garant für nachhaltige Entwicklung. In vielen Fällen erreichen verbesserte äußere Lebensbedingungen aufgrund ungerechter Wohlstandsverteilung noch nicht einmal die Bedürftigsten. Daher ist die Einforderung von guter Regierungsführung so unerlässlich.

Nachhaltige Entwicklung

Die neuen Instrumente der programmorientierten Entwicklungszusammenarbeit (PBA) können kurzfristige Lebensbedingungen verbessern, sichern aber noch keine nachhaltige Entwicklung. Entwicklung und Armutsbekämpfung können nur nachhaltig sein, wenn alle Bürger in Entwicklungsprozesse einbezogen werden und gleichermaßen von Erfolgen profitieren (direkt oder durch Umverteilung des Wohlstands). Unverzichtbar für die Nachhaltigkeit von Entwicklung sind

Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, verantwortungsvolles und transparentes Regierungshandeln, eine funktionierende Verwaltung, demokratische Mitwirkung der Bevölkerung und die Verwirklichung grundlegender Menschenrechte. Darüber sind sich seit den 1990er-Jahren die OECD-Länder einig.

Die Forderung nach guter Regierungsführung ist heute jedoch dringlicher denn je. Denn mit der allgemeinen Erhöhung der Entwicklungshilfe, den neuen Finanzierungsinstrumenten, der sogenannten neuen Liquidität durch die aufstrebenden Akteure (China und Indien) und der größeren Eigenverantwortung der Empfängerländer wachsen auch die Gefahren von Veruntreuung, Korruption und ungerechter Verteilung. Wenn Gebermittel direkt in das nationale Budget eingezahlt und dort von den Partnerregierungen in Eigenregie verwaltet werden, ist die Möglichkeit der Kontrolle durch die Geber gering. Daher sind die Kontrolle durch die jeweiligen Parlamente und das Mitspracherecht politischer Parteien so wichtig. Gerade daran mangelt es aber in den meisten Empfängerländern.

Budgethilfe muss auch den Kommunen zukommen, damit eine subsidiäre Selbstverwaltung möglich wird.

Das durch die neuen Akteure wie China herbeigeführte Wachstum muss so umverteilt werden, dass auch die Ärmsten davon profitieren. Gerechte Wohlstandsverteilung hat in Staaten mit schlechter Regierungsführung meist allerdings genauso wenig Priorität wie parlamentarische Kontrolle. Die Gewinne durch wirtschaftliches Wachstum kommen hier oftmals nur der Elite zugute. Sie werden schlimmstenfalls für den Kauf von Waffen missbraucht, finanzieren somit neue Kriege oder verschwinden in Korruption.

Zum einen ist es daher wichtig, dass Reformen der Regierungsführung gezielt gefördert werden. Zum anderen muss Entwicklungszusammenarbeit ins-



Im Senegal verlieren Fischer zunehmend ihren traditionellen Lebensunterhalt, weil die Flotten der Industrieländer vor der Küste auf Fang gehen. Die EU hat den westafrikanischen Regierungen die Fischereirechte abgekauft.

© picture-alliance/OKAPIA KG, Germany, Foto: Karsten Hennig

gesamt dafür sorgen, dass demokratische und entwicklungsfördernde Rahmenbedingungen entstehen. Hierfür nutzen internationale Akteure heute mehrere Instrumente: die direkte Förderung von Demokratie und Rechtsstaat durch die EZ, die indirekte Förderung (gute Regierungsführung als Querschnittsaufgabe von EZ-Vorhaben) und die Konditionierung der Entwicklungshilfe.

Demokratieförderung durch die deutsche EZ

Das Instrument der Konditionierung wird heute zunehmend eingeschränkt oder von internationalen Akteuren wie etwa China oder Indien vollständig ausgelassen. Selbst in „konditionierten“ Projekten der OECD-Länder wird trotz Missachtung der vereinbarten Bedingungen die Hilfe oftmals ausbezahlt. Hierfür ist unter anderem der gerne verschwiegene „Abflussdruck der Mittel“ verantwortlich, der die Geber dazu drängt, das für das laufende Jahr vorgesehene Budget bis Ende des Jahres auszugeben. Diese Praxis muss korrigiert werden. Gleichzeitig muss sich die internationale Zusammenarbeit die gezielte Förderung von Demo-

kratie, Rechtsstaat und *Good Governance* noch mehr zum Schwerpunkt machen.

Was kann mit der gezielten Förderung von Demokratie, Rechtsstaat und guter Regierungsführung erreicht werden? Deutschland ist einer der wichtigsten europäischen Akteure im Bereich der Demokratieförderung und verfügt über einen reichen Erfahrungsschatz. Die deutsche bilaterale Zusammenarbeit (technische und finanzielle) und die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NRO) insbesondere der politischen Stiftungen ergänzen sich in der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, der Verwirklichung der Menschenrechte und in der Mitgestaltung sozialer und marktwirtschaftlicher Strukturen. Die deutsche EZ fördert kein bestimmtes Modell von Demokratie, sondern die Anwendung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien. Dazu gehören der Respekt politischer, bürgerlicher, ökonomischer, sozialer und kultureller Rechte, Menschenrechte, Chancengleichheit für Frauen, politische Partizipation, Respekt vor Minderheiten, Transparenz und Verantwortung. Gute Regierungsführung spielt in der deutschen EZ seit Anfang der

1990er-Jahre eine tragende Rolle, als der damalige Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger fünf politische Kriterien für die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern einführte.

Rechtsstaatliche Normen und Institutionen sind die Grundlage für den Aufbau und den Bestand des demokratischen Gemeinwesens. Ohne sie ist nachhaltige Entwicklung nicht möglich. Rechtsstaatliche Strukturen sind zudem Garanten universal gültiger Menschenrechte und Freiheiten. Staatliche und demokratische Strukturen und ein intaktes Mehrparteiensystem sind die Basis für entwicklungsorientiertes Regierungshandeln, einen aktiven Parlamentarismus, die Unabhängigkeit der Judikative und die Rechtsicherheit für Personen und Investoren sowie die Partizipation der Zivilgesellschaft. Die Übernahme von Verantwortung auch auf unteren Entscheidungsebenen erlaubt Bürgernähe und -beteiligung.

Bewährte Instrumente der deutschen Entwicklungspolitik sind insbesondere die Aus- und Fortbildung von Führungseliten und die Förderung von entwicklungspolitisch orientiertem Handeln durch diese Eliten. Die deutschen politischen Stiftungen sind seit über vierzig Jahren in diesem Bereich erfolgreich tätig. Sie fördern eine pluralistische Gesellschaft, indem sie mit verschiedenen gesellschaftlich relevanten Gruppen, Parlamenten und Parteien auf Grundlage einer gemeinsamen Werteorientierung kooperieren. Alleinstellungsmerkmal der politischen Stiftungen ist, dass sie neben zivilgesellschaftlichen Gruppen und freien Medien auch mit Oppositionsparteien kooperieren können. Mit Beratungs- und Dialogprojekten tragen sie dazu bei, dezentrale, kommunale und regionale Verwaltungsstrukturen aufzubauen. (Mehr zur Rolle der „politischen Zusammenarbeit“ mit Afrika in dem Beitrag von Frank Spengler zum Thesenpapier der Konrad-Adenauer-Stiftung auf Seite 20ff.)

Die Arbeit der deutschen politischen Stiftungen zeichnet sich insbesondere durch ihre über Jahrzehnte gewachsenen Netzwerke zu den politischen und gesellschaftlichen Eliten und durch ihre langjährigen Verbindungen zu Partnerorganisationen aus. Aufgrund dieser engen Beziehungen, die auf Grundlage gemeinsamer Wertesysteme gewachsen sind, ist ein Vertrauensverhältnis entstanden, das bei politischer Konsensfindung oft hilfreich ist. Durch dieses Vertrauen können politische Stiftungen wie auch andere NRO in Ländern aktiv werden, in denen bilaterale Akteure nicht kooperieren dürfen oder wollen. Sie sind flexibel und können sich politischen Veränderungen schnell anpassen.

Im Rahmen eines Dezentralisierungsprojektes der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) im Senegal wurden beispielsweise Gemeinderäte durch Ausbildung und Mikrokredite gefördert. Die Themen der Fortbildungen wurden von den Gemeinderäten und Vertretern der Zivilgesellschaft je nach Bedarf selbst definiert (Tierzucht, Forstwirtschaft, Waldmanagement, Konfliktmanagement zwischen Hirten und Ackerbauern, Frauenemanzipation et cetera). Durch die Mitbestimmung war das persönliche Engagement der Gemeinderäte so hoch, dass sie nach dreijährigem Förderzeitraum selbst in der Lage waren, ohne Unterstützung der KAS ihre Tätigkeit fortzuführen. Die Frequenz der Sitzungen hat sich seit Beginn des Projektes (1995) verfünffacht, und es haben sich überregionale Komitees wie das Frauenkomitee, Jugendkomitee, Bauernkomitee gebildet. Noch heute werden bei allen Sitzungen Vertreter der Zivilgesellschaft einbezogen, wodurch nicht nur die Interessen der Bürger in den Gemeinderäten repräsentiert sind, sondern Bürger auch besser informiert sind – zum Beispiel über die Pflicht der Kopfsteuer. Diese wird seither in den Gemeinden regelmäßig gezahlt. Für die Weltbank und UNDP sind die Ge-

meinderäte inzwischen kompetente Partner für die Durchführung von Dezentralisierungsprogrammen.

Ohne eine vorausschauende Regierungsführung wären Botswana, Namibia und Mauritius heute in einer ähnlich prekären Situation wie die Komoren, Madagaskar oder der Tschad. Positive Entwicklungen zeichnen sich jedoch nicht nur in drei Ländern ab. Die Qualität der Regierungsführung hat sich in Afrika insgesamt verbessert (Weltbank-Bericht zur Regierungsführung 2007), die Einschulungsrate von Kindern ist gestiegen (Halbzeit-Bericht zu den MDGs 2007), und Afrikas Wirtschaft wächst mit zurecht über fünf Prozent so stark wie seit dreißig Jahren nicht mehr. Es gibt zudem einige Erfolg versprechende regionale Reforminitiativen in Afrika wie zum Beispiel die *New Partnership for Africa's Development* (NEPAD) und den Friedens- und Sicherheitsrat der AU.

Um die Dynamik dieser erfreulichen Entwicklungen zu unterstützen, muss gute Regierungsführung weiterhin konsequent bei den Partnerregierungen eingefordert werden. Aber nicht nur von unseren Partnern in Afrika sollten wir gute Regierungsführung fordern. Wir müssen sie auch von uns, den Industrienationen, fordern. Noch immer subventionieren die OECD-Länder ihre Agrarprodukte und verkaufen sie zu Dumpingpreisen auf afrikanischen Märkten. Gegen die subventionierten Güter haben afrikanische Kleinbauern keine Chance, weder auf ihrem eigenen Kontinent noch auf dem Weltmarkt. Die EU hat ihren Markt für viele Agrarprodukte durch Zölle abgeschottet. Vor diesem Hintergrund erscheint unsere Forderung an die Entwicklungsländer nach solidarischer Regierungsführung absurd. Die Industrieländer wollen mehr Marktzugang nur dann gewähren, wenn die Entwicklungsländer ihre hohen Importzölle für Industriegüter senken und ihre Märkte für Dienstleis-

tungen öffnen. Tatsächlich müssen in Afrika mehr Anreize für europäische Unternehmen und Investoren geschaffen werden. Hierfür ist es wichtig, dass nationale Eigeninteressen definiert und durchgesetzt werden. Sie dürfen die schwächsten Partner aber nicht unverhältnismäßig benachteiligen. Das war während des Kalten Krieges lange genug der Fall, als strategische Eigeninteressen die entwicklungsorientierte Ausrichtung der Zusammenarbeit mit Afrika einschränkten.

Durch die Beibehaltung von Zollvergünstigungen, freien Zugang zu Industriemärkten und die Aufhebung von Agrarsubventionen könnten sich ressourcenarme Staaten am Weltmarkt zunehmend beteiligen. Ohne diese Begünstigungen sind sie bisher noch nicht konkurrenzfähig, besonders nicht im Vergleich zu den neuen asiatischen Produzenten. Die EU hat zwar ein Auslaufen der Exportsubventionen bis 2013 in Aussicht gestellt, Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Doha-Runde (Wirtschafts- und Handelsminister der WTO-Mitgliedstaaten) zu einem Ergebnis kommt, und darauf deutet derzeit wenig hin. Bis dahin haben zum Beispiel die Fischer im Senegal längst ihren Lebensunterhalt verloren, weil die Flotten der Industrieländer die traditionellen Fanggründe vor der Küste leer gefischt haben. Die EU hat den westafrikanischen Regierungen hierfür die Fischereirechte abgekauft. Dass die EU-Kommission eine sogenannte Blue Card einführen will, mit der sie Fachkräften aus Drittstaaten die Zuwanderung in die EU erleichtern will, ist entwicklungspolitisch mindestens genauso verantwortungslos, weil so das Problem der Abwanderung der Eliten (*brain drain*) noch verstärkt werden würde. Demokratie und Solidarität beginnen mit verantwortungsvollen Führungskräften nicht nur in Afrika, sondern auch in der restlichen Welt. Das nehmen die Akteure der neuen Entwicklungsarchitektur noch nicht ernst genug.